

## Stellungnahme von pro familia zur Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften

**pro familia NRW fordert die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare und damit die Beendigung ihrer staatlichen Diskriminierung.**

**Die Möglichkeit, eine „eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG)“ eingehen zu können, reicht nicht aus, um eine rechtliche Gleichstellung zu bewirken.**

Im August 2001 trat das Lebenspartnerschaftsgesetz (kurz LPartG) in Kraft. Dieses ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts die Begründung einer „Lebenspartnerschaft“.

Der in der Öffentlichkeit für dieses Rechtskonstrukt häufig verwendete Begriff der „Homo-Ehe“ lässt eine der Ehe rechtlich gleich gestellte Rechtsform vermuten. Tatsächlich gibt es jedoch - trotz einiger Nachbesserungen im Laufe der letzten Jahre - bis heute keine vollständige Gleichstellung „verpartnerter“ Paare.

Dies betrifft vor allem den Bereich des Adoptionsrechts: Bis heute ist es homosexuellen Paaren nicht erlaubt, gemeinsam ein Kind zu adoptieren. Möchte ein Paar dies dennoch tun, so kann sich zunächst nur einer der PartnerInnen um eine Adoption bemühen. Erst in einem zweiten Schritt kann dann eine „Sukzessiv-Adoption“ stattfinden, in der der/die andere PartnerIn das Kind ebenfalls adoptiert. Dies entspricht meist nicht der Lebensrealität dieser Familien, in denen das angenommene Kind von Anfang an mit beiden Elternteilen zusammen lebt und zu beiden eine Eltern-Kind-Beziehung aufbaut. Diese Regelung dient somit sicher nicht dem Kindeswohl.

Ungleichbehandlung gibt es auch für lesbische Paare beim Zugang zu Samenspenden über eine Samenbank und bei ärztlich vorgenommener Insemination.

Einen rechtlichen Anspruch darauf haben nur heterosexuelle verheiratete Frauen. Zwar ist die Abgabe einer Samenspende an lesbische Frauen gesetzlich nicht verboten, die Bundesärztekammer spricht sich jedoch gegen eine Spende an alleinstehende oder lesbische Frauen aus. Die Verunsicherung, die dies bei der Ärzteschaft auslöst, führt dazu, dass viele lesbische Frauen auf andere Länder, z.B. Dänemark, ausweichen.

Wie heterosexuelle leben auch homosexuelle Paare „in guten wie in schlechten Zeiten“ zusammen und übernehmen Verantwortung füreinander. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare würde der strukturellen Diskriminierung homosexueller Paare ein Ende bereiten und der Gleichwertigkeit hetero- und homosexueller Beziehungen Ausdruck verleihen.

Immer mehr homosexuelle Paare übernehmen inzwischen auch Verantwortung für angenommene oder leibliche Kinder. Sie nehmen diese Aufgabe mit derselben Fürsorge und Gewissenhaftigkeit wahr wie heterosexuelle Paare. Alle bekannten Studien zeigen, dass es Kindern in Regenbogenfamilien genauso gut geht wie Kindern heterosexueller Eltern.

Somit verdienen diese Familien auch die gleiche staatliche und gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.

Um eine umfassende Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kindern herzustellen, fordert pro familia im Einzelnen:

- die rechtliche Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren durch die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule\*;

- das gemeinschaftliche Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare;
- die Möglichkeit, die elterliche Sorge in begründeten Einzelfällen auf mehr als zwei Personen auszudehnen, um auch Mehr-Eltern-Familien rechtlich abzusichern;
- den Zugang von Frauen gleich welcher sexueller Orientierung und welchen Familienstands zur Insemination.

Um neben der rechtlichen Gleichstellung für ein gesellschaftliches Klima zu sorgen, in dem sich Regenbogenfamilien mit ihren Kindern als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft entfalten können, fordert pro familia:

- die ergebnisoffene und unvoreingenommene Prüfung von Lesben und Schwulen, die ein Kind adoptieren oder in Pflege nehmen möchten;
- eine aktive Politik zum Abbau der Diskriminierungen von Regenbogenfamilien;
- die Überarbeitung und Anpassung von Unterrichtsmaterialien: nur wenn Diversität auch in Kindergarten und Schule eine Rolle spielt, können Kinder lernen, damit positiv umzugehen;
- verstärkte Berücksichtigung der Themen Diversität und Inklusion in der Ausbildung von ErzieherInnen, LehrerInnen und anderem pädagogischen Fachpersonal;
- den Abbau der Diskriminierung von Regenbogenfamilien in Behörden und Ämtern. Dazu müssen Formulare überarbeitet und MitarbeiterInnen geschult werden.

*\* pro familia lehnt die gegenwärtige Regelung der einseitigen finanziellen Entlastung von Ehen durch das Ehegattensplitting ab.*

*Um Familien dort zu unterstützen, wo es am nötigsten ist – nämlich da, wo Menschen Verantwortung für Kinder übernehmen – macht sich pro familia dafür stark, die steuerlichen Vorteile verheirateter oder verpartnerter Paare zukünftig Familien mit Kindern zu gewähren. Unabhängig davon, um welche Familienkonstellation es sich handelt.*

Verabschiedet auf der Landesmitgliederversammlung am 29. März 2014